TÜRKİYE RIGHTS & JUSTICE BULLETIN

Weekly Human Rights & Justice Developments in Türkiye

CROSSBORDER JURISTS

Ausgabe 6 | Datum 26. Oktober – 01. November **02.11.2026**

Als Teil unserer Mission zur Verteidigung von Recht und Menschenrechten verfolgen wir die Entwicklungen im Bereich Recht und Menschenrechte in der Türkei aufmerksam. Im Rahmen dieser Arbeit veröffentlichen wir jede Woche ein Bulletin, das die Zusammenfassung der vergangenen Woche dokumentiert/archiviert.

WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN UND INHAFTIERUNGEN

31. Oktober: Serkan Öz, der Vorsitzende der Partei der Republikanischen Patrioten (CVP), wurde von Antiterror-Einheiten bei einer Razzia im Familienbetrieb in Ankara festgenommen. Als Vorwand wurde eine angebliche Verbindung zum YouTube-Kanal „Erlik“ angegeben. Die Operation erfolgte nach der Veröffentlichung eines Videos mit dem Titel "GÜRLEK KRIMINELLE VEREINIGUNG", das Korruptionsvorwürfe gegen Justizminister Akın Gürlek und sein enges Umfeld enthielt.

31. Oktober: Im Rahmen der Ermittlungen gegen die Gemeinde Bakırköy wurden von 63 festgenommenen Personen 39 Personen inhaftiert, darunter 5 stellvertretende Bürgermeister und 2 Ratsmitglieder.

30. Oktober: In Denizli wurden 5 Personen inhaftiert, darunter die am 27. Oktober festgenommene Bürgermeisterin von Merkezefendi, Şeniz Doğan, und ihr Ehemann Mehmet Ali Doğan.

30. Oktober: In 3 Provinzen wurden insgesamt 10 Personen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung inhaftiert.

ERZWUNGENES VERSCHWINDENLASSEN

31. Oktober: Die Samstagsmütter (Cumartesi Anneleri) brachten bei ihrem 1127. wöchentlichen Treffen den Fall von 7 Personen sowie dem Stabsfeldwebel Bilal Batırır zur Sprache, die 1995 im Bezirk Dargeçit in Mardin festgenommen wurden und seitdem verschwunden waren, bis ihre Gebeine Jahre später in Brunnen gefunden wurden. Sie erklärten: „Wir werden nicht von unserem Kampf ablassen, bis alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden.“ In der Erklärung wurde betont, dass von den Personen, darunter auch Kinder, die zwischen dem 29. Oktober und dem 8. November 1995 bei Hausdurchsuchungen

festgenommen wurden, nie wieder etwas gehört wurde und ihren Angehörigen nach den Verhören mitgeteilt wurde, sie seien „in die Berge gegangen“. Es wurde hervorgehoben, dass die Strafanzeigen der Familien lange Zeit nicht wirksam ermittelt wurden und der Kampf bezüglich der Dargeçit-Akte, die wegen Verjährung eingestellt wurde, fortgesetzt wird.

VERSAMMLUNGS- UND VEREINIGUNGSFREIHEIT

30. Oktober: Das Schwerste Strafgericht Hakkari verurteilte 11 Personen, darunter Künstler eines Kulturzentrums und Bühnenarbeiter, wegen angeblicher „Terrorpropaganda“ bei den Newroz-Feierlichkeiten 2025 zu jeweils 10 Monaten Haft. Es wurde betont, dass die Entscheidung im Widerspruch zu den Dynamiken des laufenden Friedensprozesses steht.

28. Oktober: Vier Studierende, die an einer Demonstration für zwei festgenommene Kommilitonen teilnahmen – welche wegen des Protests gegen den Bildungsminister Yusuf Tekin verhaftet worden waren –, wurden bei Hausdurchsuchungen festgenommen.

28. Oktober: In der Kleinstadt Kumçatı in Şırnak wurden 5 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren bei Hausdurchsuchungen festgenommen, nachdem sie gegen einen seit 7 Tagen andauernden Stromausfall protestiert hatten.

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

28. Oktober: Türkische Staatsbürger, die das Kopftuchverbot in Schulen und öffentlichen Einrichtungen in Aserbaidschan kritisierten und die Regierung in Baku bemängelten, wurden in der Türkei festgenommen.

28. Oktober: Die Hohe Behörde für Radio und Fernsehen (RTÜK) verhängte Verwaltungsstrafen gegen Sözcü TV und KOZA TV wegen Verletzung der Grundsätze der „Neutralität, Wahrheit und Genauigkeit“. Gegen Sözcü TV wurde eine Sanktion verhängt, weil Kommentare zu Murat Ağırels Verhaftung angeblich eine „Meinungsmanipulation“ darstellten, und gegen KOZA TV, weil Vorwürfe von Abgeordneten bezüglich einer Fonds-Ermittlung vom Moderator nicht korrigiert, sondern bestätigt wurden.

27. Oktober: Freedom House hat den Bericht „Internetfreiheit 2026“ veröffentlicht; die Türkei wird auch in diesem Jahr in der Kategorie „nicht frei“ geführt.

27. Oktober: Der Chefredakteur von Sözcü, Ercüment İşleyen, und die verantwortliche Redakteurin Tuğba Nur Çelik wurden festgenommen, weil sie zwei Studierende in der Berichterstattung als „Schüler“ bezeichnet hatten.

26. Oktober: Schüler wurden nächtlich aus ihren Wohnungen festgenommen und anschließend inhaftiert, weil sie vor dem Besuch von Bildungsminister Yusuf Tekin an der Kadıköy-Gymnasium in Istanbul ein Transparent mit der Aufschrift „Yusuf Tekin rücktritt“ aufgehängt hatten.

UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ UND RECHTSSTAATLICHKEIT

29. Oktober: Es wurde berichtet, dass die Zahl der Justizangehörigen, die angeblich unrechtmäßige Vorteile aus Fonds-Betrügereien gezogen haben, bei 180 liegt.

27. Oktober: Die Oberstaatsanwaltschaft Istanbul leitete von Amts wegen Ermittlungen gegen Prof. Dr. Osman Korkut Kanadoğlu, Präsidentschaftskandidat der Gruppe für Anwaltsrechte, wegen seiner Rede auf der 128. Ordentlichen Generalversammlung der Rechtsanwaltskammer Istanbul ein. Kanadoğlu hatte in seiner Rede erklärt, dass sie Richter, die sich nicht an die Entscheidungen des Verfassungsgerichts halten, sowie Friedensrichter für Strafsachen, die willkürliche Haftentscheidungen treffen, „registriert und dokumentiert haben“ und sie nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Kanadoğlu, der bei der Wahl 2.543 Stimmen erhielt, war von den regierungsnahen Medien ins Visier genommen worden.

FOLTER UND MINFOLLENDE BEHANDLUNG

27. Oktober: Es wird berichtet, dass Emrah Nebioğlu, der mit einem Schwerbehindertengrad von 94 % auf der IHD-Liste schwerkranker Gefangener steht, im Hochsicherheitsgefängnis Diyarbakır Nr. 1 festgehalten wird und trotz seiner chronischen Nierenerkrankung keinen Zugang zu Medikamenten und Physiotherapie hat.

26. Oktober: Der 73-jährige kranke Gefangene Abdullah Tırpan, der Verbindungen zur Gülen-Bewegung hatte, ist trotz wiederholter Aufrufe zur medizinischen Haftentlassung gestorben.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND MENSCHENRECHTE

27. Oktober: Die Abschlusserklärung des Forums „Side by Side for Equality“ wurde veröffentlicht. 106 Unterzeichnerorganisationen teilten mit, dass bei Operationen unter dem Namen „Meine Familie ist sicher“ 117 Personen festgenommen und 83 inhaftiert wurden, und forderten die sofortige Freilassung der inhaftierten LGBTI+. In der Erklärung wurde hervorgehoben, dass die Existenz, Organisation und Verteidigung der Rechte von LGBTI+ kein Verbrechen sei, und es wurde erklärt, dass während der Festnahme und Haft Misshandlungen und Folter stattgefunden hätten.

FRAUENRECHTE

31. Oktober: Während Schutz- und Präventionsanordnungen im Rahmen des Gesetzes Nr. 6284 zum Schutz der Familie und zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen zunehmen, wurden in 5 Jahren mehr als 69.000 Verstöße registriert.

30. Oktober: Laut der Ankündigung der Frauenplattform für Gleichstellung (EŞİK) wurde der Versuch verhindert, den Nachscheidungsunterhalt im 13. Justizpaket einzuschränken. Infolge des gemeinsamen Kampfs und der Kampagnen von Frauen unabhängig von politischen Ansichten wurde die Regelung aus dem Paket gestrichen. Frauenorganisationen bewerteten diesen Erfolg als ein Ergebnis entschlossener Solidarität, das die Regierung zum Rückzug bewegte.

29. Oktober: Özge Akyüz, Vertreterin des Themenbereichs Frauen im Gefängnis der Zivilgesellschaftlichen Vereinigung im Strafvollzugssystem (CİSST), erklärte unter Berufung auf Daten der Generaldirektion für Gefängnisse und Haftanstalten, dass 21.128 Frauen in Gefängnissen festgehalten werden und die Zahl der weiblichen Gefangenen seit dem Jahr 2000 um das 12-Fache gestiegen ist. Akyüz betonte, dass

Gefängnisarchitektur und gesetzliche Regelungen nach den Bedürfnissen von Männern gestaltet sind, was die Geschlechterungleichheit vertieft.

KINDERRECHTE

30. Oktober: Bei koordinierten Razzien in 30 Provinzen mit Zentrum in Istanbul gegen die als „Daltons“ bekannte kriminelle Vereinigung wurden insgesamt 90 Verdächtige festgenommen, darunter 34 Minderjährige unter 18 Jahren.

28. Oktober: Vor dem Hintergrund, dass rund 550.000 Kinder in Industriegebieten in der gesamten Türkei im Rahmen der Zentren für Berufsausbildung (MESEM) arbeiten, haben Vorfälle wie die körperliche Misshandlung von zwei Lehrlingen in einer Autowerkstatt in Tekirdağ Çorlu und bei einem Friseur in Niğde sowie die Schussverletzung eines Lehrlings durch seinen Meister mit einer Schrotflinte in Aksaray die Gewalt gegen Kinderarbeiter erneut auf die Tagesordnung gebracht.

FLÜCHTLINGE UND MIGRANTEN

29. Oktober: Laut einem Bericht, der sich auf Erklärungen der Kurdischen Gemeinde in Deutschland stützt, können einige kurdischstämmige Einwohner Deutschlands, die zu Urlaub oder Besuchen in die Türkei gereist sind, wegen Ausreiseverboten nicht nach Hause zurückkehren. Während behauptet wird, dass bis zu 10.000 Euro für die Aufhebung der Ausreiseverbote gefordert werden, hat die Organisation die Berliner Regierung zu diplomatischen Schritten aufgefordert.

29. Oktober: In Hakkari stürzte ein Kleinbus mit Geflüchteten auf der Flucht vor Gendarmerie-Einheiten in einen Fluss; dabei wurden 20 Personen verletzt.